

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Richard K. Schmidt, Dresden, Postfach 10068, Telefon 25241. Druck: K. Schmidt & Co., Dresden, Postfach 10068, Telefon 25241.

Druck u. Verlag: K. Schmidt & Co., Dresden, Postfach 10068, Telefon 25241. Diesem Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Stadtschreibers beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abbestellung: Dr. Schmidt & Co., Dresden, Postfach 10068, Telefon 25241. Abbestellung: Dr. Schmidt & Co., Dresden, Postfach 10068, Telefon 25241.

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Roter Fliegerangriff von Frankreich aus

Die spanischen Bolschewisten überflogen die Grenze

Salamanca, 13. November.

Am Donnerstag überflogen zehn bolschewistische Flugzeuge die französische Grenze bei Jagavia, östlich des Pena Orni in Richtung Tafalla (Spanien). Die Flugzeuge bombardierten Pamplona, verursachten über hundert Tote und Verwundete unter der Zivilbevölkerung und kehrten dann nach Frankreich in Richtung Roncesvalles zurück. Die Zellen, in denen die Grenzortschaften überflogen wurden, sind von Beobachtungsposten auf die Minute genau festgehalten worden.

Diese Meldung steht im Zusammenhang mit folgender halbamtlicher Mitteilung der nationalspanischen Behörden: Die nationalen Rundfunksender und die nationale Presse teilten bereits vor einigen Tagen mit, daß die spanischen Bolschewisten in Figueras, in der Nähe der spanisch-französischen Grenze, Flugzeuge mit nationalen Kennzeichen bereitstellen, um — in der Absicht, einen internationalen Konflikt herbeizuführen — Angriffe auf ausländische Schiffe und auf die französischen Grenzorte durchzuführen.

Das nationale Spanien teilt der Welt diesen barbarischen Ueberfall mit, dessen Opfer eine friedliche, weit von militärischen Interessen entfernte Stadt geworden ist. Das nationale Spanien gibt gleichzeitig seiner Empörung darüber Ausdruck, daß der Angriff von französischem Boden aus erfolgt ist, so daß angenommen werden muß, daß die französischen Behörden Kenntnis von diesem Angriff gehabt haben.

Briefe müssen Inhalt haben

Es war außerpolitisch gewiß keine unerwartete Woche, die jetzt abgelaufen ist. Ihr Beginn stand unter dem Eindruck der Konstituierung des großen weltpolitischen Dreiecks, das fortan einen der wesentlichen dauerhaften Faktoren bildet, die bei keiner Rechnung außer acht gelassen werden können. Der Wandel in der Haltung Englands gegenüber dem Spanien des Generals Franco machte weitere Fortschritte. Brasilien trat in die Reihe der autoritären Staaten ein, und die Gewißheit, die Russo-Lini am 28. Oktober erneut ausdrückte, daß das zwanzigste Jahrhundert das Jahrhundert des Faschismus sein werde, fand eine weitere Unterlage. Freilich fehlte nicht der Ghaß der Mißverständnisse. Die französische Presse zum Beispiel, zum mindesten die der Vorkriegszeit, weigert sich, die natürliche Gesetzmäßigkeit des Vordringens neuer Ideen auch nur im mindesten anzuerkennen, und sieht in der künftigen Neuordnung Brasiliens lediglich eine Sünde gegen den heiligen Geist der Demokratie, ohne auf die Vorgänge, die den Präsidenten Vargas zum Handeln zwangen, nämlich die Umtriebe der Komintern, mit einer einzigen Zeile einzugehen. Weil sie nicht anerkennen will, daß die Wurzeln tieferliegen, greift sie in kindlicher Hilfslosigkeit zu der gedankenarmen Ausflucht, deutsche Agenten hätten in Rio de Janeiro ihre Hand im Spiele gehabt. Als ob eine geschichtliche Wendung, als ob eine allgemeine Heilerregung derartiger Mittelchen bedürftig! Wenn Einflüsse von Europa ausgegangen sind, so sind es die des guten Beispiels. Das bieten aber nicht nur Deutschland und Italien. In Brasilien spricht man portugiesisch, und enge Beziehungen verbinden das Land am Amazonasstrom mit dem Nachbarn Spaniens, der nun schon seit einer ganzen Reihe von Jahren eine Ordnungsgeselle ist. Auch Portugal wird autoritär regiert. Noch vor einem Jahrzehnt war Portugal über und über verschuldet und wandte sich hilfesuchend an den Völkerbund. Unter der krassen Staatsführung durch den Ministerpräsidenten Oliveira Salazar hat es sich dann aus eigener Kraft aus der Misere herausgearbeitet und ist heute einer der wenigen europäischen Staaten, die einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Ja, das Budget weist sogar eine Ueberschuss auf, und die Steuerkräufte kann gelockert werden. Fast alle Steuern sind um mindestens fünf vom Hundert ermäßigt worden, und eine lästige Steuer hat man ganz gestrichen. Noch 1927 bankrott, zehn Jahre später ein glückliches Land: Da kann freilich Frankreich mit seinem verfahrenen Haushalt, der franken Währung und dem häßlichen Ansehen der Steuerkräufte nicht mithalten. Die Erfahrung läßt sich nicht leugnen, daß die Völker überall dort voranschreiten, wo die Segnungen der Demokratie nicht mehr als allein seligmachend betrachtet werden. Der frühe Geist des Aufbruchs einer neuen Zeit bedarf wahrlich keines Agenten; er pflanzt sich selbst durch die Sprache der Tatsachen fort.

Bezeichnend sind noch andere Merkmale. Rußig und selbstlicher widmen sich die autoritären Staaten Aufgaben des Friedens, dem inneren Aufbau. Sie halten sich fern von dem aufgeregten Kriegesgerede, das in den Demokratien immer von neuem von Ohr zu Ohr gerannt wird, und das doch nichts weiter ist als die Bekundung dessen, das man sich nicht mehr so recht wohl fühlt in seiner Haut. Zwar ruft man noch immer zum Fenster hinaus, Demokratie und Glück der Völker seien gleichbedeutend, aber insgeheim legt man sich in den Sorgenkudel, und Zweifel nagern an der liberalistischen Seele. Es sind nicht die Schlichten, die sich längst fragen, ob die kurze Betonung verhauchter Ideen nicht allmählich zu verhängnisvollem Ballast wird, der den rechtzeitigen Anstich gefährdet. Wenn sie gegen den Geist der Zeit erfolgen, helfen selbst die umfangreichsten Ministerien nicht, wie sie ein Delbos jetzt durch die Länder des Südens plant. Frankreich erscheint freilich zur Zeit noch weitgehend dem Geistigen verhaftet, als etwa der englische Freund. Was kürzlich ein namhafter französischer Journalist in französischen Parteiverfassungen ins Stammbuch schrieb, gilt für die gesamte Politik des Quai d'Orsay. Der schme...

Eine neue Verständigungsrede Chamberlains

Für freundschaftliche Zusammenarbeit - Gegen die Dekpolitik der Labour-Dysposition

London, 13. November.

Ministerpräsident Chamberlain hielt am Freitagabend in Edinburgh eine Rede, in der er sich zunächst mit innerpolitischen Fragen befaßte. Der Ministerpräsident ging dann zur Außenpolitik über. Zum spanischen Konflikt führte er aus: Wenn man die Befürchtung ausdrückt, daß die Gemeinsamkeit mit der französischen Regierung durchgehende Politik der Nichtmischung schlagelassen sei, weil die Einmischung in Spanien nicht zum Stillstand gebracht habe, so habe sie doch auf alle Fälle ihren Hauptzweck erreicht, nämlich, die Ausbreitung des spanischen Konflikts über die Grenzen zu verhindern.

Chamberlain fragte dann, wofür man arbeite: Für Frieden und Ruhe oder für Aufrüstung des einen gegen den anderen, um den Befürchtungen zu begegnen, die vielleicht tatsächlich grundlos seien, die aber von jenen Verdächtigungen herührten, die anscheinend jedes Land seinen Nachbarn gegenüber hege.

- Die hauptsächlichsten der allgemeinen Grundsätze der britischen Politik seien:
1. Die Wahrung der britischen Interessen und Schutz der britischen Staatsangehörigen.
2. Erhaltung des Friedens und, soweit man englischerseits dazu beitragen könne, Vereinigung der Gegensätze durch friedliche Mittel und nicht durch Gewalt.
3. Förderung freundschaftlicher Beziehungen mit anderen Nationen, die bereit seien, die freundschaftlichen Wünsche Englands zu erwidern, und die diejenigen Regeln des internationalen Völkerechts achteten, ohne die es weder Sicherheit noch Stabilität in der Welt geben könne.

Seine Ansicht nach sei die Zeit gekommen, daß eine neue Ausregung gemacht würde, um zu sehen, ob es nicht möglich sei, diese Befürchtungen und Verdächtigungen durch eine genauere Prüfung ihrer Herkunft und ihres Wesens zu beseitigen.

Die oppositionelle Labour Party, so bemerkte Chamberlain weiter, dränge aber die britische Regierung ständig, sich in Dinge einzumischen, die sie nichts angingen, und sie verlange, daß man Englands Einfluß und selbst die britischen Militär- und Seestreitkräfte einsetze solle, um im Namen von Ausländern, für die die Partei politische Sympathien

habe, sich einzumischen. Er könne sich mit keinem dieser Gedankengänge einverstanden erklären (Beifall). Er könne sich nicht vorstellen, was dem Allgemeinwohl der Welt mehr Schaden würde, als wenn man das britische Weltreich verlassen lassen würde, weil die britische Regierung nicht gewillt sei, sich um die britischen materiellen Interessen zu kümmern. Wenn man diesem Rat der Labour Party folgen wollte, so würde England eine Aufrüstung bedürftigen, die viele Male umfangreicher sein müßte als die augenblickliche.

Dr. Luther reiste durch Mandchulien

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. November.

Wie aus Wukden gemeldet wird, hat der frühere Reichsbankpräsident und Botschafter in Washington, Dr. Luther, eine Informationsreise durch Mandchulien unternommen, wo er verschiedene landwirtschaftliche und industrielle Betriebe besuchte. Der Aufenthalt Dr. Luthers ist von der mandchurischen und der japanischen Presse lebhaft kommentiert worden, wobei auf die engen Beziehungen Deutschlands zu Mandchulien hingewiesen wurde.

relche kirchliche Würdenträger, denen der Aufenthalt im Lande bisher gestattet war, sind verhaftet und nach Sibirien verbannt oder erschossen worden. Unter ihnen befinden sich der stellvertretende Metropolit von Moskau, Sergius, der verhaftet und nach dem Norden verbannt wurde, der Metropolit Kirill von Kasan, den man wegen „religiöser Propaganda“ zu Zwangsarbeit verurteilte, während sein Gehilfe Artemius erschossen wurde. Die Geistlichen von Orenburg, Ufa, Samara, Kasan und Omsk wurden verhaftet. In Petrofawodsk fand ein Mordprozess gegen Geistliche statt, der mit einer Reihe von Todesurteilen abschloß. Auch die Bischöfe von Orel und Wlinsk wurden inhaft genommen.

„Hochschule für Politik“ - Anstalt des Reiches

Berlin, 13. November.

Durch Erlass des Führers und Reichskanzlers vom 30. September 1937 ist die „Hochschule für Politik“ als Anstalt des Reiches errichtet worden. Der Erlass bestimmt, daß der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda die Aufsicht über die Hochschule führt und ihr die neuen Satzungen vorlegt. Die Anstalt tritt an die Stelle der bisherigen Deutschen Hochschule für Politik, e. V.

Die neue Verfassung in der Christenverfolgung soll mit der angeblichen Absicht des Moskauer Stellvertretenden Metropolitens Sergius in Verbindung stehen, trotz der furchtbaren Kirchen- und Christenverfolgungen einen Kongress der Geistlichkeit einzuberufen.

Neue Christenverfolgung in Sowjetrußland

Zahlreiche Geistliche erschossen

Ukrain, 13. November.

Wie das Chardiner „Wremja“ berichtet, hat in der letzten Zeit eine neue Verfolgung der Religionsanhänger und der orthodoxen Geistlichkeit in der Sowjetunion eingesetzt. Zahl-

Diese neue Verfolgungswelle gegen die Religion und ihre Prediger dürfte besonders dem verhafteten Dekan von Canterbury interessieren, der bekanntlich vor kurzem erklärt hat, der Bolschewismus sei nur eine Abart des Christentums.

Neue Verhaftungen in Palästina. Am Sonntagabend früh wurden zwei höhere arabische Beamte der Stadtverwaltung und der Wassergesellschaft von Jerusalem aus politischen Gründen verhaftet. Sie stehen im Verdacht, die Terroristenbewegung zu begünstigen.

Heute Beilage:

Die Frau und ihre Welt